

Beitrag für das Webinar der United Front am 23. Februar 2025

Karola Berlin, Europakoordinatorin der Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen

Berlin, Februar 2025

Ich möchte heute über die Situation der migrantischen Fachkräfte im Gesundheitssektor in Deutschland sprechen. Auf das Thema hat die Frauenorganisation „Gabriela“ aus den Philippinen aufmerksam gemacht.

Die Brisanz des Themas ist die besondere Ausbeutung der Frauen, die unter dem Deckmantel der „Fachkräfteanwerbung“ betrieben wird.

Seit 2013 gibt es in Deutschland bilaterale staatliche Anwerbeprogramme für ausländische Fachkräfte aus dem medizinischen und Pflegebereich. Das betrifft viele Länder aus Asien, Afrika und Lateinamerika.

Es kommen überwiegend Frauen, die gut ausgebildet sind. Die hohe Arbeitslosigkeit in den Ländern, die sehr schlechte Bezahlung und die schwierigen Lebensbedingungen bilden günstige Möglichkeiten für Deutschland, billige Fachkräfte anzuwerben.

Das Gesundheitswesen in den Herkunftsländern wird durch die Abwerbung der Fachkräfte eklatant geschwächt.

Die Frauen kommen mit einem enormen Schuldenberg nach Deutschland, da sie in den Herkunftsländern ihre Ausbildung selbst finanzieren müssen. Dazu müssen sie Kredite aufnehmen. Hinzu kommen Reisekosten und hohe Vermittlungsgebühren an so genannte Arbeitsvermittler, um in das Auswahlverfahren zu kommen.

Bis 2030 sollen auf diesem Weg 100 000 Fachkräfte nach Deutschland kommen.

Aktuell wird geschätzt, dass der Anteil der Fachkräfte mit Migrationshintergrund im Bereich Charité Berlin, ca. 10 – 15 % beträgt.

So spart Deutschland enorme Ausbildungskosten. Seit Jahrzehnten ist z.B. ein Ausbildungscampus an der „Charité“ in Berlin geplant, der immer wieder verschoben wurde. Das hat sich mittlerweile als Phantom herausgestellt und wurde in diesem Jahr vom Senat von Berlin völlig gestrichen.

Neben den staatlichen Programmen hat sich eine regelrechte „Rekrutierungsindustrie“ herausgebildet, diese arbeiten in den Strukturen, wie Schlepper.

Die Dauer der Anerkennung der Berufsabschlüsse dauert bis zu einem Jahr und länger. In dieser Zeit arbeiten die Fachkräfte als Hilfskräfte/ Pflegehelferinnen (Lohngruppe P6, Krankenschwestern erhalten P7) und werden dementsprechend schlechter bezahlt.

Es gibt kein Personal für die Anleitung und Einarbeitung.

Der bürokratischer Aufwand bei der Bearbeitung der Visa- und Aufenthaltserteilung, ist hoch.

Mit befristeten Verträge werden die Fachkräfte in Schach gehalten, sie leben in ständiger Angst der Entfristung der Verträge und der damit einhergehenden rechtlosen Situation. Diese Angst lähmt die Frauen und verhindert, dass sie sich wehren und an die Öffentlichkeit gehen.

Aufgrund der beschriebenen Problem ziehen sich viele Frauen zurück in Kirchengemeinden und Comunitis , z.B. in Restaurants und bleiben unter sich.

Die aktuellen reaktionären und faschistischen Forderungen nach Remigration verursachen Angst und eine hohe psychische Belastung. Die Fachkräfte erleben Rassismus , als hohen Belastungsfaktor.

Hier ist Solidarität nötig und die Notwendigkeit der Bündnisfrage. Die Frauen müssen unterstützt werden , sich zu wehren, dazu müssen sie sich organisieren

Der Zusammenschluss der Frauenbewegungen ist notwendig für den gemeinsamen gesellschaftsverändernden Kampf.

Damit wollen wir in einer gemeinsamen Aktion bereits am 8. März in Berlin beginnen.